

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau zum 13. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2000 bis 31. Dezember 2001 (Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2002, Drs. 15/1261)**I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 13. November 2002 den Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2000 bis 31. Dezember 2001 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau überwiesen. Der Ausschuss hat den überwiesenen Bericht in seinen Sitzungen am 5. November 2002 und am 12. Februar 2003 beraten.

Schwerpunkte der Arbeit der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) bildeten die Bereiche Arbeit/Wirtschaft, Gender Mainstreaming, Frauenförderung im öffentlichen Dienst/Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes, Neue Medien, Familienpolitik/Familienrecht, Erziehungs- und Bildungswesen, Wissenschaft, Gesundheit, Gewalt gegen Frauen und Bürgerinnenbeteiligung. Die ZGF hat in Bremen und Bremerhaven – ihrem gesetzlichen Auftrag entsprechend – auf vielen gesellschaftlichen Gebieten zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau beigetragen. Sie hat Anstöße geliefert, Vorschläge gemacht, Vorhaben geprüft und Verstöße angeprangert. Darüber hinaus hat sie informiert sowie Beratung und Hilfe in Einzelfällen geleistet.

Der Ausschuss begrüßt, dass die Zentralstelle die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu einem ihrer Arbeitsschwerpunkte gemacht hat. Auf Initiative und unter Federführung der Zentralstelle hat der Senat eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“ gebildet. Für die Zukunft fordert der Ausschuss die Zentralstelle auf, ihre umfangreichen Aktivitäten zur häuslichen Beziehungsgewalt und zum Menschenhandel fortzusetzen und in ihrem Engagement nicht nachzulassen. Er bietet dafür seine Unterstützung an. Wichtig erscheint dem Ausschuss, dass die Zentralstelle weiterhin federführend die Umsetzung des Konzeptes zur Bekämpfung häuslicher Beziehungsgewalt begleitet. Als großen Erfolg wertet der Ausschuss die im Berichtszeitraum auf Initiative der Parlamentarierinnen aller Fraktionen erfolgte Regelung eines Wegweisungsrechts im Bremischen Polizeigesetz. Der Ausschuss hofft, dass so im Zusammenhang mit dem am 1. Januar 2002 auf Bundesebene in Kraft getretenen Gewaltschutzgesetz den betroffenen Frauen erstmals ermöglicht wird, ihre Lebensverhältnisse langfristig zu verbessern.

Der Ausschuss unterstreicht nochmals seine Forderung, dass auch in Bremen die eingezogenen Verbrechengewinne aus Menschenhandel zweckgerichtet zur Unterstützung der Beratungstätigkeit für Opfer des Frauenhandels und der Zwangsprostitution eingesetzt werden. Er erwartet, dass der Senat baldmöglichst die Finanzierung einer unabhängigen Beratungsstelle für diesen Personenkreis sicherstellt.

Die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vertritt die Auffassung, dass die ZGF sich zu den Themen Frauenhandel und Zwangsprostitution auf den verschiedenen Ebenen bereits sehr engagiert hat. Aus Sicht der Bürgerschafts-

fraktion Bündnis 90/Die Grünen muss jetzt endlich langfristig die Finanzierung einer unabhängigen Beratungsstelle sicher gestellt werden.

Bis heute wird Gleichstellungspolitik noch nicht von allen Politikfeldern als Aufgabe verstanden. Gender Mainstreaming soll bestehende Nachteile für beide Geschlechter abbauen helfen und zugleich der Prävention von sich abzeichnenden Diskriminierungen dienen. Soweit es um die bestehenden Benachteiligungen geht, ergänzt Gender Mainstreaming die Frauenfördermaßnahmen, es ersetzt sie aber nicht. Hier besteht trotz des großen Engagements der Zentralstelle noch erheblicher Handlungsbedarf. Der Ausschuss fordert die ZGF auf, im Senat, bei den Behörden und in der Öffentlichkeit darauf hinzuwirken, dass das Bewusstsein für Gender Mainstreaming gebildet und es zu einem öffentlichen Thema wird.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hält es für wichtig, dass die ZGF ihre Aktivitäten, Gender Mainstreaming auch in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, weiterführt. Die Umsetzung des Gender-Mainstreamings liegt laut Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) in der Verantwortung der einzelnen Ressorts. Sie erwartet, dass dieser Prozess weiterhin durch die ZGF begleitet wird.

Noch nicht befriedigend gelöst ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier reicht es nicht aus, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Wichtig ist auch, ein öffentliches Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Kindererziehung und Familienarbeit auch eine Aufgabe der Väter ist. Insoweit erwartet der Ausschuss klare Signale durch die ZGF. Unter Berücksichtigung des Gender-Gedankens regt der Ausschuss darüber hinaus an, den Wettbewerb „Frauenfreundlicher Betrieb im Lande Bremen“ künftig umzubenennen in „Frauen- und familienfreundlicher Betrieb im Lande Bremen“.

Die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist ausdrücklich darauf hin, dass ihrer Ansicht nach die ZGF im Berichtszeitraum von 2000 bis 2001 das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie vielfach thematisiert hat. Die Übernahme von Verantwortung für Familienarbeit und Kindererziehung durch die Väter sei ein gesamtgesellschaftliches Problem. Um insoweit einen Umdenkungsprozess in Gang zu setzen und eine breite Akzeptanz zu schaffen, müssen alle gesellschaftlichen Gruppen mitwirken.

Da sich Frauen noch immer auf zu wenige Berufsfelder konzentrieren, erscheinen dem Ausschuss die Aktivitäten der Zentralstelle, die darauf abzielen, mehr Frauen an die IT-Technologien heranzuführen, als wesentlich und begrüßenswert. Die ZGF sollte dafür Sorge tragen, dass das Bremer Landesportal und Online-Magazin für Frauen in Bremen „Gesche.online“ auch künftig ein breites Angebot für Frauen bereit hält und von Frauen umfassend genutzt wird.

Ebenso wie im vorigen Bericht liegt in Bremerhaven der Anteil von Frauen an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unter ihrem Anteil an den Arbeitslosen. Damit wird – wie auch in den Vorjahren – die nach SGB III vorgeschriebene Sollquote nicht erreicht. Insoweit fordert der Ausschuss sowohl die ZGF als auch die Vertreter/-innen des Senats in den Gremien der Arbeitsverwaltung auf, sich dafür einzusetzen, dass künftig der gesetzliche Auftrag erfüllt wird.

Die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen problematisiert, dass die Arbeitsmarktsituation in Bremerhaven nach wie vor durch eine wirtschaftliche Strukturschwäche geprägt ist. Deshalb sind in bestimmten Berufssparten überproportional hohe Arbeitslosenzahlen bei Frauen festzustellen. Nach Auffassung der Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen müssen die arbeitsmarktpolitischen Instrumente in Zukunft so ausgerichtet werden, dass diese Problemlage behoben wird.

Die Mädchenarbeit muss trotz geringer werdender Mittel weiterhin ein Arbeitsschwerpunkt der Zentralstelle bleiben. Hier muss der Blick insbesondere auf die Berufsorientierung für Mädchen gelenkt werden, da Frauen und Mädchen die vorhandene Bandbreite an Ausbildungsmöglichkeiten auch nicht ansatzweise ausschöpfen. Der Ausschuss erwartet, dass die Zentralstelle ihre gute Arbeit der letzten Jahre fortsetzt. Insbesondere der girls day sollte auch künftig jährlich und in größerem Rahmen durchgeführt werden. Als verbesserungsbedürftig sieht der Ausschuss die Öffentlichkeitsarbeit in den Schulen an.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwartet, dass der Senator für Bildung und Wissenschaft und der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales den girls day weiterhin aktiv unterstützen.

Nach Auffassung des Ausschusses stellte die Formulierung und Durchsetzung einer frauengerechten Gesundheitspolitik einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit der ZGF dar. Der Ausschuss fordert, dass der Frauengesundheitsbericht für das Land Bremen, der erstmals im August 2001 vorgelegt wurde, in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben und thematisch erweitert wird.

Die ZGF hat die Einführung des Bremer Brustkrebs-Screening-Projekts kritisch begleitet. Hier hat sie sich insbesondere dafür engagiert, dass die Belange der Frauen gleichberechtigt neben den medizinischen Belangen berücksichtigt werden. So ist es maßgeblich auf die Arbeit der ZGF zurückzuführen, dass bei der Bremer Krebsgesellschaft und dem Frauengesundheitszentrum eine unabhängige und frauenspezifische Beratung eingerichtet wurde, die einen wichtigen Beitrag zur persönlichen Entscheidungsfindung der einzelnen Frauen leistet.

Der Ausschuss begrüßt, dass es der Zentralstelle im Berichtszeitraum wiederum gelungen ist, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umfangreiche Tätigkeiten zu entfalten, wie sie im Bericht dargestellt sind. Vor dem Hintergrund der insgesamt erfolgreichen Arbeit der ZGF hätte sich der Ausschuss konkrete Angaben dazu gewünscht, wie die Vereinbarung zwischen Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit in der Privatwirtschaft vom 2. Juli 2001 umgesetzt wird. Insoweit erwartet der Ausschuss, dass die Zentralstelle auf lokaler Ebene einen Arbeitskreis initiiert, an dem sich hochrangige Vertreter der Arbeitgeberverbände und des Senators für Wirtschaft und Häfen beteiligen. Diesbezüglich sollten im nächsten Bericht erste Arbeitsergebnisse mitgeteilt werden.

Nach Auffassung der Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen muss die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit in der Privatwirtschaft auch auf lokaler Ebene umgesetzt werden. Der Unternehmerverband müsse die Umsetzung im Lande Bremen nachweisen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwartet, dass die ZGF bei diesem Prozess der Evaluation einbezogen wird.

Kritikwürdig erscheint dem Ausschuss die lange Zeitspanne zwischen dem Berichtszeitraum und der Vorlage des Berichtes. Der Ausschuss bittet die ZGF, künftig die Berichte zeitnäher vorzulegen. Außerdem würde der Ausschuss es sehr begrüßen, wenn sich die Arbeit der ZGF (und auch die Darstellung im Tätigkeitsbericht) künftig mehr auf Schwerpunkte konzentrieren würde. Diese bilden nach Auffassung des Ausschusses die Bereiche Gender Mainstreaming, Gewaltschutz, Mädchenarbeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimme der Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den nachstehenden Antrag zu beschließen.

II. Antrag

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den von der Mehrheit des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau getragenen Bemerkungen bei.

Barbara Wulff
Vorsitzende